



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg
Postfach 601150 | 14411 Potsdam

Mitglied des Landtags
Herr Abgeordneter Thomas Domres
Fraktion DIE LINKE
Alter Markt 1
14467 Potsdam

nachrichtlich:
Landtagsverwaltung
Staatskanzlei, Ref. 21

Ministerium für
Landwirtschaft, Umwelt
und Klimaschutz
Der Minister

Henning-von-Tresckow-Str. 2-13
14467 Potsdam

Hausruf: 0331 866 7000
Fax: 0331 866 7003

Potsdam, 22. März 2023

83. Sitzung des Landtags am 22. März 2023 Ihre Mündliche Anfrage Nr. 1545

Entlastung der Genehmigungsbehörden im MLUK

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

die im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöste temporäre Versorgungskrise mit fossilen Energieträgern und die damit verbundene Umstellung der Energieträger in Industrie, Gewerbe, Verwaltung und in Privathaushalten sowie die aus Klimaschutzgründen begonnene industrielle Transformation macht in kurzen Zeiträumen technische Veränderungen im Anlagen-Bestand erforderlich. In Brandenburg sind (ohne Windkraftanlagen) gegenwärtig etwa 2.800 immissionsschutzrechtliche Anlagen in Betrieb, von denen ein großer Teil von diesen Änderungen betroffen sein kann. In der Regel müssen diese Änderungen durch Genehmigungsverfahren begleitet werden. Weiterhin ist im Zusammenhang mit dem durch die Energieträgerkrise beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien mit einer Zunahme der Zahl von Neugenehmigungsverfahren zu rechnen.

Das Landesamt für Umwelt (LfU) als zuständige Fach- und Genehmigungsbehörde muss die entsprechenden Verfahren führen. Hierzu gehört u. a. die Beratung der Antragsteller, die fachliche Prüfung der Anträge sowie die Beteiligung der betroffenen Behörden und der Öffentlichkeit.

Diese zusätzlichen Aufgaben können nur sachgerecht und rechtssicher bewältigt werden, wenn zusätzliche Potenziale zur Entlastung und Steigerung der Effizienz in den Verwaltungsabläufen erschlossen werden können.

Das MLUK und das LfU haben hierfür eine Reihe geeigneter Maßnahmen identifiziert. Dazu zählen:

- Schulungsmaßnahmen zu speziellen rechtlichen und fachlichen Themen zum Zweck der beschleunigten Wissensvertiefung oder Einarbeitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in aktuell relevante Fragestellungen,
- die Einbeziehung externer Sachverständiger zur Unterstützung bei vollzugsnahen Verwaltungsaufgaben,
- Maßnahmen zur Ergänzung der technischen Ausstattung im Bereich Anlagenkataster und Erfassung und Bewertung der Immissionssituation sowie
- Maßnahmen zur beschleunigten Einführung digitaler Verfahren.

Insgesamt sind etwa 25 Einzelmaßnahmen vorgesehen, mit deren Planung und Umsetzung jetzt schrittweise begonnen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Axel Vogel